

EIB setzt auf Risikoteilung für Klimaschutz

Präsident Werner Hoyer fordert mehr Investitionen durch Mobilisierung privaten Kapitals

Börsen-Zeitung, 8.12.2020
Frankfurt – Der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, hält die öffentlich-rechtliche Bereitschaft zur Übernahme begrenzter Finanzierungsrisiken für nötig, um große Summen an privatem Kapital für klimaschonende Technologien zu mobilisieren. Nur wenn Staaten und private Investoren jetzt an einem Strang ziehen, könne es noch gelingen, die Chance zu wahren, die weltweiten Klimaziele zu erreichen – wie etwa die Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius.

Viele Investitionen, die für effektiven Klimaschutz nötig seien, rechneten sich für private Investoren nicht, wenn sie die Risiken allein schultern müssten, erläuterte Hoyer in seinem Impulsvortrag beim Werkstattgespräch der Börsen-Zeitung und der Energieagentur Rheinland-Pfalz zum Thema „Klimafonds“. Vielmehr gebe es einen großen Bedarf an Risikokapital. „Öffentliches Geld kann hier Wunder wirken“, unterstrich der Chef der EU-Investitionsbank. Eine Teilung der Risiken durch die Übernahme begrenzter Risiken führe zu mehr Investitionen. Der öffentlich-rechtliche Kapitalgeber solle sich allerdings auf die Vorgabe klarer politischer Ziele sowie auf die

Unterstützung mit technischer Expertise beschränken und dem privaten Investor die konkreten unternehmerischen Entscheidungen bei solchen Investitionen in Projekte und Technologien, die dem Klimaschutz nützen, überlassen.

Geld ist eigentlich genug da

Angesichts eines nach Hoyers Überzeugung nach wie vor viel zu niedrigen Preises für Verschmutzungsrechte und einer Investitionslücke, die allein in der EU auf 400 Mrd. Euro geschätzt wird, „müssen wir unsere Anstrengungen in den nächsten Jahren erheblich verstärken“. Dabei stehe eigentlich genug Geld zur Verfügung. Hoyer verwies zum einen darauf, dass in der mittelfristigen Finanzplanung der EU und in deren Wiederaufbaufonds 30 % der addiert 1,8 Bill. Euro in den nächsten sieben Jahren für Klimaschutzvorhaben vorgesehen sind. Auch sein Haus, die EU-Investitionsbank, werde noch stärker als bereits bisher die Investitionsmittel in Klimaschutzprojekte leiten – ab 2025 sollen die Hälfte aller EIB-Finanzierungen diesem Zweck gewidmet sein. Damit werde künftig durch Hebeleffekte eine Summe in der Größenordnung von 1 Bill. Euro für kli-

maschonende Investitionsvorhaben zusammenkommen. Der EIB-Chef appellierte gleichzeitig, dass „sich Europa dabei nicht auf sich selbst konzentrieren dürfe“. Er erinnerte daran, dass die Urbanisierung dazu führe, dass – statistisch gesehen – alle sechs Wochen auf dem Globus eine Stadt in der Größe von New York entstehe, mit dem entsprechenden hohen Energiebedarf. Versuche, diesen Bedarf mit Öl, Kohle oder Gas zu decken, bedeuteten letztlich die Aufgabe der internationalen Klimaziele. Europa müsse die Aufgabe, eine klimaneutrale und umweltschonende „Alternative zu chinesischen Kohle- und Gaskraftwerken“ anzubieten, daher als Chance verstehen.

Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken machte in ihrem Vortrag anlässlich des Werkstattgesprächs ebenfalls deutlich, dass staatliche Investitionen allein nicht ausreichen, um die Investitionslücke im Klimaschutz zu schließen. Das öffentlich-rechtliche Engagement „können die privaten Investitionen nicht ersetzen“, stellte Höfken fest. Dabei sei für „das Umlenken von Braun in Grün“ ihrer Ansicht nach „ein radikales Umdenken“ nötig.